

## Antrag

der Fraktion der CDU

### Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – Die Sprache des Nachbarn lernen

#### I. Der Landtag stellt fest:

Das deutsch-französische Tandem hat sich traditionell als wichtiger Motor der europäischen Einigung erwiesen. Daher verbindet sich gerade mit diesen beiden Ländern die Hoffnung, dem zwischenzeitlich stockenden Einigungsprozess durch neue Ideen und Handlungsfelder neuen Schwung zu verleihen. Eines dieser zentralen Handlungsfelder stellt der Bereich Bildung dar, der als Einigungsmotor überhaupt erst die Voraussetzung dafür schafft, den Nachbarn in Frankreich, Luxemburg und Belgien besser zu verstehen, sich kulturell auszutauschen und die individuellen Lebensperspektiven grenzüberschreitend zu vertiefen.

Voraussetzung dafür ist das Erlernen der Sprache des Nachbarn. Hier kann Luxemburg mit seinem konsequent mehrsprachig aufgebauten Bildungssystem beispielgebend sein. Deutschland und Frankreich haben hingegen noch großen Nachholbedarf. Denn leider verlieren sowohl Deutsch auf französischer Seite und Französisch auf deutscher Seite seit vielen Jahren an Akzeptanz. Zwar sind Bemühungen auf beiden Seite zu erkennen, die Sprachfähigkeiten zu verbessern, doch muss hier ein größeres Engagement an den Tag gelegt werden, um Erfolge zu erreichen und nationalen Abschottungstendenzen entgegenzuwirken.

Dies gilt insbesondere für die Bildungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz. Denn die Sprachvermittlung in Kindertagesstätten, Grundschulen und weiterführenden Schulen baut nicht aufeinander auf und ist in der Grundschule nicht durch einen detaillierten Lehrplan strukturiert. Der Teilrahmenplan Fremdsprachen reicht nicht aus, um ein systematisches und effektives altersgemäßes Erlernen des Französischen zu garantieren. Zudem weist Rheinland-Pfalz trotz seiner Nachbarschaft zu Belgien, Frankreich und Luxemburg keine grenzüberschreitende Schule auf, anders als das Saarland mit dem Schengen Lyzeum in Perl. Die bereits bestehenden positiven Angebote, wie bilinguale Grundschulen oder auch Abi/Bac-Gymnasien, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten Angebote nicht aufeinander aufbauen.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass sich durch die Fusion von Elsass, Champagne-Ardenne und Lothringen zur neuen Region „Grand Est“ der Charakter der deutsch-französischen Beziehungen in den Grenzregionen verändert hat. Bestehende und zukünftige Kooperationen zwischen Rheinland-Pfalz und der erweiterten Gebietskörperschaft der Region „Grand Est“ haben diesem Umstand Rechnung zu tragen.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
- dass die rheinland-pfälzischen Mitglieder des Ausschusses der Regionen und die verantwortlichen Mitglieder der Landesregierung in Brüssel und in der Europaministerkonferenz ein gemeinschaftliches Strategiepapier „Bildung“ mit dem Ziel erarbeiten die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bildungsbereich durch Unionsgrenzen überschreitende Kooperationen zu stärken. Dieses Strategiepapier soll die Beziehungen zur französischen Grenzregion unter Berücksichtigung der durch die Gebietsreform in Frankreich 2016 veränderten Bedingungen neu ordnen und nach der Zustimmung des Landtags an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des EU-Ausschusses der Regionen weitergeleitet werden;
  - dafür Sorge zu tragen, dass die rheinland-pfälzischen Mitglieder des Ausschusses der Regionen und die verantwortlichen Mitglieder der Landesregierung in Brüssel und in der Europaministerkonferenz sich nach Kräften dafür einsetzen, die deutsch-französische Kooperation künftig noch näher an den alltäglichen Erfahrungswelten der Menschen auszurichten;
  - insbesondere in den Grenzregionen die Sprachvermittlung von den Kindergärten über die Grundschulen bis in die weiterführenden Schulen systematisch und durch einen detaillierten Lehrplan strukturiert anzubieten, damit die Kinder frühzeitig und intensiv die Sprache unserer Nachbarn erlernen;
  - Französisch als zweite Fremdsprache an rheinland-pfälzischen Schulen zu erhalten;
  - die bilingualen Bildungsgänge Deutsch und Französisch an rheinland-pfälzischen Schulen auszubauen;
  - wenn möglich, den Aufbau einer grenzüberschreitenden Schule in Rheinland-Pfalz nach dem Vorbild des Schengen-Lyzeums in Perl gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn voranzutreiben und die bestehenden Europaschulen in ihrem Profil weiter zu stärken;
  - intensiver für die Sprache des Nachbarn zu werben, neue Initiativen zu starten, Schüleraustauschprogramme mit Frankreich zu stärken, um Kinder und Jugendliche für Deutsch bzw. Französisch zu begeistern;
  - die Fortbildung als Lehrkraft für bilinguale Bildungszweige und die Ausbildung für französische Früherziehung in Kindertagesstätten zu stärken;
  - die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Hochschule der Großregion zu intensivieren und voranzutreiben;
  - darauf hinzuwirken, grenzüberschreitende Programme im Bereich der Berufsbildung zu entwickeln mit dem Ziel der Anerkennung des jeweiligen Abschlusses als berufsqualifizierendes Diplom, wie bereits erfolgreich im Rahmen des grenzüberschreitenden Programms „Azubi-Bacpro“ zwischen dem baden-württembergischen Kultusministerium und dem französischen Bildungsministeriums praktiziert;
  - künftig stärker auf Fortbildungsangebote in Unternehmen oder Volkshochschulen zu setzen, um den sprachlichen Austausch im Alltag zu verbessern;
  - flankierend hierzu die Initiative zu ergreifen, um den Austausch auf kommunaler Ebene zu intensivieren, damit sich die Grenzregionen durch gemeinsames bürgerschaftliches Engagement noch stärker aufeinander zubegeben – etwa durch grenzüberschreitende Bürgerdialoge und durch die Neubelebung der vielerorts bereits praktizierten, mitunter aber als selbstverständlich erachteten Städtepartnerschaften mit Frankreich, Luxemburg und Belgien;

- Maßnahmen zu ergreifen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern, etwa in Bezug auf die Gründung von gemeinsamen Vereinen in den Grenzgebieten und europäische Förderprogramme für Bildungsprojekte im sprachlichen und berufsorientierenden Bereich umfassend zu nutzen.

Begründung:

Europäische Partnerschaft kann sich nicht darin erschöpfen, dass Staaten sich auf gemeinsame Themen, Werte und Ziele einigen. Europa braucht – will es in den Köpfen seiner Bürgerinnen und Bürger zusammenwachsen – auch ein Verständnis im zwischenmenschlichen Bereich. Das geht allerdings nur, wenn die Chancen offener Grenzen genutzt werden und die Europaregionen jenseits von administrativen Planungsinteressen Eingang finden in das Bewusstsein und den Lebensalltag der Menschen. Handwerkerbetriebe können grenzüberschreitend arbeiten, junge Menschen können im Nachbarland studieren, kulturelle Angebote können grenzüberschreitend genutzt werden.

Frankreich, Belgien und Luxemburg sind unsere direkten Nachbarländer und aufgrund intensiver kultureller, politischer und wirtschaftlicher Beziehungen auf vielfältige Weise mit Rheinland-Pfalz verwoben. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Rheinland-Pfalz pendeln täglich nach Frankreich, Belgien und Luxemburg. Deshalb kommt dem Erlernen der französischen Sprache eine besondere Rolle zu.

Die französische Regierung hat jüngst den Deutschunterricht in Frankreich wieder aufgewertet und bilinguale Schulangebote in den deutsch-französischen Grenzregionen ausgeweitet. Im Elsass ist die Zahl bilingualer Schulklassen zwischen 2006 und 2015 von rund 600 auf 1 100 gestiegen, d. h., dass fast jeder siebte Grundschüler Deutsch in einer bilingualen Klasse lernt. Der Sprachenunterricht in Luxemburg ist konsequent mehrsprachig strukturiert, sodass Französisch, Deutsch, Englisch und Luxemburgisch systematisch und erfolgreich vermittelt werden.

Die Sprache des Nachbarlandes zu beherrschen heißt, dessen Geschichte, Kultur und Politik, aber auch den Lebensalltag seiner Bürgerinnen und Bürgern besser zu verstehen. Kontakte und Freundschaften auf Schulebene tragen maßgeblich dazu bei, nachwachsende Generationen stärker für Entwicklungen und Befindlichkeiten unserer Nachbarn Frankreich, Luxemburg und Belgien zu sensibilisieren, Vertrauen zu stiften und gegenüber populistischen Verführungen stark zu machen.

Damit aus dem routinemäßigen Nebeneinander der Grenzregion ein noch stärkeres Miteinander wird, gilt es, gerade im Bereich Bildung die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine noch engere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu schaffen. Rheinland-Pfalz und der Region „Grand Est“ kommt dabei auf regionaler Ebene eine tragende Rolle bei der Stärkung des interkulturellen Bewusstseins zu. Sie können gemeinsam mit Luxemburg und Wallonien im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit in der Großregion Impulsgeber der europäischen Einigung sein und einen wichtigen Beitrag im „Kleinen“ zur Verwirklichung eines Europas der Bürger im „Großen“ leisten.

Für die Fraktion:  
Martin Brandl

